



global news 3536 11-11-16: Nach Trump-Triumpf: Warum kommt die Globalisierungskritik auch bei uns fast nur von rechts?

Es ist schon erstaunlich: Die neoliberale Globalisierung wurde und wird vor allem betrieben, um die heimischen Arbeitskräfte immer mehr einem erbitterten Niedriglohnwettbewerb auszusetzen und Produktion in Niedrigstlohnländer zu verlagern und so die Profite der Unternehmen zu steigern. Das gilt für gedumpte Importe aus Niedrigstlohnländern mit den miesesten Sozialbedingungen wie auch für die Migration von billigen Arbeitskräften in die fortgeschrittenen Industrieländer.

Doch der Widerstand gegen diese sozial verheerende Entwicklung kommt nicht etwa von den Parteien, die die normalen Sachwalter der sozial Benachteiligten sind oder vorgeben es zu sein, in Deutschland also nicht von der SPD oder der LINKEN. Nein, dieser Widerstand gegen die negativen Wirkungen der Globalisierung kommt aus dem entgegengesetzten politischen Lager: in USA jetzt von Trump, in Frankreich vom rechtsnationalen Front National, in den Niederlanden von Wilders und seinen Anhängern, in Österreich von der FVP und in Deutschland von der AfD. Das führt dann dazu, daß besorgte traditionelle Wähler der Linksparteien direkt von links nach rechts durchwandern, und erklärt letztlich den Wahlerfolg von Trump (auch wenn Begriffe wie rechts und links in USA nicht immer passen).

Die linken Kräfte scheinen dagegen in einem veralteten Internationalismus befangen und in der irrigen Vorstellung, die Globalisierung würde nur für die

ärmsten und unterentwickeltesten Länder betrieben. Beispielhaft ist die Situation in Deutschland bei SPD und LINKE. **Die SPD hat als Regierungspartei selbst die Globalisierung rücksichtslos vorangetrieben.** Zu Schröders Zeiten wurde beispielsweise das staatswirtschaftlich organisierte China ziemlich bedingungslos durch Aufnahme in die WTO in die Märkte der Marktwirtschaftsländer hineingewunken und dessen Dumping geduldet. Dann wurde ausgerechnet mit dieser selbstbetriebenen Globalisierung die Agendapolitik des Sozialabbaus begründet. Und SPD-Chef und Vizekanzler Gabriel sprang sogar auf den größten Globalisierungszug seit Jahrzehnten TTIP und hängt sein Mäntelchen erst nach CETA um, als TTIP unerreichbar wurde.

Lange orientierungslos ging und geht die LINKE mit der Globalisierung um. So war im Entschließungsantrag an den Bundestag von 2007 die Rede von einem "Protektionismus des Nordens gegenüber dem Süden" und wurde beklagt, daß China beim Export als "Konkurrent auf das Schärfste bekämpft" werde. Ähnlich verkürzt ist im Parteiprogramm von 2011 von einer Spaltung der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in ausufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits die Rede, als sei die neoliberale Globalisierung nur ein Problem für die unter dem Hunger leidenden Länder des Südens. Ein Problem für die entwickelten Volkswirtschaften gab es für die LINKE in der jahrzehntelang andauernden neoliberalen Globalisierung jedenfalls nicht. Erst der breite Widerstand der Gewerkschaften und in der Bevölkerung gegen TTIP und CETA hat die LINKE aus ihrer Globalisierungslethargie gerissen und bewogen, sich den Kritikern anzuschließen.

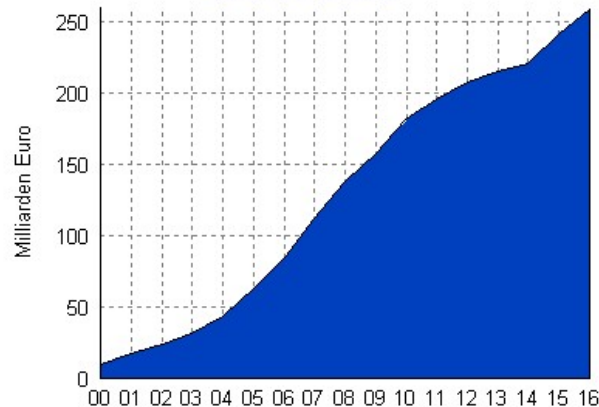
Allerdings hält die LINKE noch immer ihre Hand über das Dumpingland China, auch wenn es deutsche Unternehmen kauft und deutsche Unternehmen in China in eine Partnerschaft mit chinesischen Unternehmen zwingt, die dorthin wertvolle Technologie abwandern läßt. So schreibt der wirtschaftspolitische Sprecher der LINKE im Bundestag Michael Schlecht in seinem Rundbrief vom 8. November gegen Gabriels eher zaghaften Ordnungsruf an China bei dessen

kürzlicher Chinareise:

"Wirtschaftsminister Gabriel kritisierte, daß deutsche Unternehmer nicht frei investieren können, sondern immer nur mit einem chinesischen Partner im Rahmen von Joint-Ventures. Das sei ungerecht, da chinesische Investoren in Deutschland weitgehende Freiheiten hätten. Dieser Vergleich ist schief, da es mehr als 5000 deutsche Unternehmungen in China gibt und gemeinsam mit anderen ausländischen Investoren große Teile der Volkswirtschaft hierdurch bestimmt wird. In Deutschland sind hingegen sind lediglich 300 Unternehmen in chinesischer Hand. Anstatt dem deutschen Kapital Hilfestellung bei der weiteren Eroberung des chinesischen Marktes zu geben, sollte Gabriel sich lieber für höhere Investitionen hierzulande einsetzen."

Gern vergißt Schlecht offensichtlich, daß die KPC fast überall in den Unternehmen mitmisch, daß deutsche Unternehmen - anders als die chinesischen bei uns - nicht in China investieren, um dort Technologie abzuräumen, daß die chinesischen Unternehmen, die das bei uns und anderswo in Westeuropa tun, meist chinesische Staatsunternehmen sind oder mit staatlicher Finanzierungshilfe arbeiten und daß ganze Branchen in China für ausländische Unternehmen gesperrt oder durch ihre staatliche Struktur blockiert sind. Was soll da das Plädoyer für noch mehr chinesische Aufkäufe bei uns? Was soll das Mitleidslied von den "berechtigten Interessen Chinas, seine Wirtschaft gestalten zu können und eben nicht von der Übermacht ausländischer, also auch deutscher Konzerne überrollt zu werden"? Weiß Schlecht nicht, daß China inzwischen die USA als Hauptindustrieproduzent der Welt überholt und einen gigantischen Überschuß, auch mit Deutschland aufgefahren hat (Abb. 19076), aus dem sich Firmenaufkäufe beliebig finanzieren lassen? Wer sich wie Schlecht äußert, hat immer noch nicht begriffen, daß China längst kein armes Entwicklungsland mehr ist und was neoliberale Globalisierung wirklich bedeutet.

1976: Kumulierter chinesischer Ausfuhrüberschuß mit Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016 hochgerechnet auf Basis 8 Monate).
© Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Ähnlich ergriff der frühere Lafontaine-Staatssekretär Flaßbeck in diesem Disput sofort für China Partei und hat auch gegen die gedumpten Stahlimporte nichts einzuwenden:

"China mutiert zum Lieblingsfeind der Deutschen. Nach den Stahlimporten geht es jetzt gegen die gelbe Gefahr, die sich aus chinesischen Firmenkäufen ergibt. Deutschland ist im Umgang mit dem Reich der Mitte von einer Phobie besessen, die ihresgleichen sucht."

Vor allem haben SPD und Linke mit ihrer Unterstützung für Merkels Flüchtlingspolitik bisher nicht begriffen, daß das Pulver für einen national-rechten Ruck in Deutschland eher noch größer als in anderen Ländern ist, weil Merkel mit ihrer Weigerung, den Zuzug von Flüchtlingen zu begrenzen, ein Problem geschaffen hat, das in anderen vergleichbaren Ländern nicht existiert (wobei sie dieses Problem selbst auf die Globalisierung zurückgeführt hat). Nach einer neuen Umfrage sind 90 % der Menschen der Meinung, daß die Zahl der pro Jahr aufgenommenen Flüchtlinge begrenzt werden solle. 81 % der Deutschen seien für die Wiedereinführung von Kontrollen an den deutschen Grenzen und 69 % befürworteten die Forderung nach einem sofortigen Aufnahmestopp. Selbst die

Frage, ob die Bedrohung durch Hunger und Armut als Asylgrund anerkannt werden sollte, verneinen die Deutschen zu 53 %.

Offensichtlich müssen erst massiv Wähler von SPD und LINKE zur AfD abwandern, bis man die nicht nur in USA, Frankreich und anderen Ländern, sondern auch bei uns berechtigt vorhandenen Sorgen der Menschen vor der neoliberalen Globalisierung begreift. In USA ist - allen Meinungsumfragen zum Trotz - diese Abwanderung zu Trump gerade erfolgt. Kein Wunder: Die Demokraten galten dort als Promotoren der Globalisierung. Und das Mannsbild Trump paßt ziemlich nahtlos zu Putin und Erdogan.



Leider werden die neu-rechten Wähler bald begreifen müssen, daß ihre sozialen Interessen rechts schlecht aufgehoben sind. So fordert die AfD in ihrem Parteiprogramm durchaus neoliberal: *"Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Denn Wettbewerb schafft die Freiheit, sich zu entfalten und selbst zu bestimmen, privates Eigentum an Gütern und Produktionsmitteln erwerben zu können, eigenverantwortlich Verträge zum eigenen Wohl und zum allgemeinen Vorteil zu schließen, zwischen verschiedenen Anbietern, Angeboten oder Arbeitsplätzen wählen zu können, ertragsbringende Chancen zu nutzen"*. Und Trumps Ankündigungen von Steuersenkungen lassen die Börsen entgegen allen Erwartungen fröhlich zulegen, so wie sie in der Vergangenheit bei negativen Berichten vom amerikanischen Arbeitsmarkt immer zugelegt haben. Es gilt also auch hier der Spruch von den dummen Kälbern und ihrem Metzger.

* * * * *

P.S.: Bitte Rundbrief [hier](#) bewerten (eine für mich wichtige Orientierungshilfe).